

BMG-Referentenentwurf zum Gesetz für faire Kassenwahl:

Berliner Ärzte fordern Zurücknahme der Streichung der DMP-Programmkostenpauschale

1. Wir, die Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten der KV Berlin, kritisieren scharf die im Referentenentwurf des BMG zum Gesetz für faire Kassenwahl (FKW-Gesetz) geplante ersatzlose Streichung von Anreizen zum Abschluss von strukturierten Behandlungsprogrammen (DMPs) für die gesetzlichen Krankenkassen. Diese Streichung könnte das Aus für die innovative, nachweislich erfolgreiche Versorgung von 7 Millionen chronisch kranken Menschen mit KHK, Asthma bronchiale, COPD, Brustkrebs und DM Typ 1 und 2 bedeuten.
2. Wir, die Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten der KV Berlin, fordern, dass die hausärztliche Codierung und fachärztliche Codierung im RSA gleich gewichtet werden soll.
3. Außerdem fordern wir, dass regionale Verträge weiterhin gesetzlich möglich sein müssen. Bei der Öffnung von Regionen für andere, gebietsfremde regional tätige Krankenkassen insb. aus dem AOK-System sind die dort tätig werdenden Kassen zu verpflichten, den bestehenden oder noch zu schließenden Selektivverträgen der regional mitgliederstärksten Kasse (insb. der AOK Nordost) unverzüglich beizutreten. Alle Kassen sind zu verpflichten, bei besonderen regionalen Versorgungssituationen geeignete Zusatz-/Sonderverträge (z.B. nach § 140a SGB V) zu schließen.

Berlin, den 13. Juni 2019